

Das Geschäftsmodell von Airbnb – die Vermietung von (privatem) Wohnraum für touristische Zwecke – funktioniert mancherorts derart gut, dass die Politik kaum noch hinterherkommt. So auch in Schottland, das mit seiner großen Attraktion [Edinburgh](#) einen wahren Airbnb-Hotspot im Repertoire hat.



Esplanade und äußeres Tor des Edinburgh Castle. – Das Zentrum der Stadt ist einer der Hotspots der Airbnb-Vermietungen. *(Foto: Pictures of Scotland)*

Das Problem: Durch die stark gestiegene Anzahl der privaten Vermietungen sind hier und andernorts inzwischen Nebeneffekte entstanden, die für die angestammte Bevölkerung ein echtes Ärgernis darstellen. Explodierende Mietpreise sind einer davon, erhöhtes Müllaufkommen, Lärm und weitere Formen der Belästigung andere.

Was also tun? Die schottische Regierung will betroffenen Kommunen und Regionen nun neue Rechte einräumen, um wieder Herr der Lage zu werden. So soll es den Stadträten ab 2021 grundsätzlich möglich sein, die Lizenzprogramme nach eigenen Vorstellungen

mitzugestalten.

Primärziel ist, klare Sicherheitsanforderungen für kurzfristige Vermietungen Marke Airbnb festzulegen. Auch ist angedacht, praktikable Lösungen für die Abfallbeseitigung und gegen die immer häufiger vorkommende Überbelegung von Wohnraum zu finden. Einer der Hauptgründe für den Faktor Lärm.

Eine Säule könnte dabei die angemessene Besteuerung kurzfristiger Mieteinnahmen sein. Mit den Mehreinnahmen solle ein Beitrag für die Gemeinschaften geleistet und finanzieller Spielraum für lokale Dienstleister (Müllabfuhr, Sicherheitservices) geschaffen werden, heißt es in Regierungskreisen.

In Schottland haben zuletzt viele Anwohner beliebter Touristenziele ihre Stimme gegen Airbnb erhoben. Die Zustände seien teilweise kaum zu ertragen. Und in der Tat: Eine von der schottischen Regierung in Auftrag gegebene Analyse ergab, dass sich das Aufkommen kurzfristiger Vermietungen in Schottland seit 2016 nahezu verdreifacht hat.

Der zuständige Minister Kevin Stewart zur Situation gegenüber der [BBC](#): „Flexible Reisemöglichkeiten tragen positiv zur schottischen Tourismusindustrie bei. Wir wissen aber auch, dass es gerade an touristischen Brennpunkten zu Problemen kommen kann.“ Beispielsweise sei es für Einheimische deutlich schwieriger, bezahlbaren Wohnraum zu finden.

Dem Vernehmen nach hält man sich bei Airbnb noch bedeckt, sei aber an einer für alle Seiten zufriedenstellenden Lösung interessiert.

Auch in anderen Ländern Nordeuropas kommt es immer wieder zu Problemen durch Airbnb und ähnliche Wohnraum-Vermittler; im September hat eine [Wohnungsgesellschaft in Turku](#)

angekündigt, sie wolle Kurzzeitvermietungen in ihren Wohnungen untersagen.

[Reykjavik versucht](#) schon seit Jahren das Problem mit strikteren Regelungen in den Griff zu bekommen. Bislang mit mäßigem Erfolg - das Mietniveau steigt in der isländischen Hauptstadt weiterhin unablässig.

*sh*